



"NULLZINSPOLITIK VERLASSEN"

LINZA! | Seite 42 | 12. April 2022
 Reichweite: 0

Initiative Wirtschaftsstandort Oberösterreich

42

Ökonom Friedrich Schneider:

„NULLZINSPOLITIK VERLASSEN“

Friedrich Schneider ist einer der anerkanntesten Ökonomen Österreichs – wir befragten den emeritierten JKU-Professor und wissenschaftlichen Leiter der Initiative Wirtschaftsstandort OÖ (IWS) zur aktuellen Inflationsentwicklung – und was das alles mit sich bringt.



Foto: IWS OÖ

Friedrich Schneider:
 „Ersparnisse am besten
 an der Börse anlegen“

Viele beobachten die aktuelle Inflation mit Sorge. Sie auch?

Die steigende Inflation bereitet mir große Sorge, da sie zu erheblichen Kaufkraftverlusten führt, die vor allem ärmere und mittlere Einkommensschichten trifft.

Eine hohe Inflation kommt vor allem hochverschuldeten Ländern zugute. Was bedeutet das für Österreich, das immer relativ gut haushaltete: Sind wir jetzt die Dummen?

Nein, das sind wir nicht. Wir profitieren dann davon, weil wir durch unsere tiefe Schulden mehr fiskalischen Spielraum haben.

Was kann der Staat tun, um die sich immer weiter drehende Teuerungsspirale zum Stillstand zu bringen?

Der Staat selbst relativ wenig. Viel entscheidender wäre, dass die Europäische Zentralbank konsequent und in kleinen Schritten

die Zinsen wieder erhöht und die Nullzinspolitik wieder verlässt.

Was wäre das Worst-Case-Szenario, wenn die Inflation immer weiter steigt?

Dass wir künftig fortan mit Inflationsraten von zehn bis 15 Prozent leben müssen, was auch die Planbarkeit und Berechenbarkeit von Investitions- und Konsumentscheidungen wesentlich erschwert. Und wir werden reale Einkommensverluste hinnehmen müssen.

Sind staatliche Preisdeckelungen bei bestimmten Produkten – etwa Strom oder Benzin – ein probates Mittel?

Nein, das hilft nicht, denn dann werden diese Güter knapp. So eine Maßnahme würde daher höchstens nur kurzfristig helfen.

Apropos Spritpreise: Während die Weltmarktpreise teilweise

nur unmerklich oder weniger steigen, explodieren die Preise an der Zapfsäule. Wer verdient da eigentlich?

In erster Linie die Mineralölkonzerne, dann der Staat und zuletzt die Tankstellenbetreiber.

Was empfehlen Sie einem Klein- oder Mittelverdiener der 10.000 oder 20.000 Euro am Konto hat: Wie kann er sein wenig erspartes vor der Inflation schützen?

Am besten, indem er seine Ersparnisse mit Augenmaß an der Börse anlegt und nur 3.000 bis 5.000 Euro in Bar behält.

Die RBI geriet zuletzt in eine Schiefelage. Da und dort besteht auch die Angst, dass man ggf. nicht mehr auf sein Geld zugreifen kann. Sehen Sie diese Gefahr auch bzw. kann so ein Fall eintreten?

Nein, da sehe ich keine Gefahr, weil wir ja die staatlich garantierte Einlagensicherung haben. Daneben könnte der Staat auch die Höchstmenge an Bargeldabhebungen für eine bestimmte Zeit beschränken.

Wie groß ist die Chance, dass die Preise wieder auf das Vorkrisenniveau sinken?

Die Frage ist derzeit nicht wirklich zu beantworten, da wir nicht wissen, wie lange der Krieg in der Ukraine dauert.